

# Demokratie und Kapitalismus

eingereicht von:

Michael Winkelmann

(TU Berlin: Fakultät für Elektrotechnik und Informatik)

(miwinkel@mailbox.tu-berlin.de)

Sommersemester 2012

## Zusammenfassung

Demokratie und Kapitalismus bilden durch ihre inhärent Machtbeziehungen ein Spannungsfeld, das sich mit der seit 2007 bestehenden Finanzkrise intensiviert hat. Im Rahmen dieser Arbeit kristallisierten sich dabei die Machtmittel ökonomisches Kapital, Organisationsstruktur und Information heraus.

## 1 Einleitung

Der Konflikt zwischen demokratischer Politik und kapitalistischen Märkten ist ein Merkmal von demokratisch-kapitalistischen Systemen. Demokratie und Kapitalismus bilden ein Spannungsfeld, das vor allem durch die Wirkung eines Begriffs aufrechterhalten wird: der *Macht*.

In der Soziologie ist Macht ein vielschichtiger, kaum fassbarer "soziologisch amorph" Begriff, der die gesamte Gesellschaft wie ein Geflecht durchzieht. Die Entstehung und Wirkung der Macht ist dabei nahezu allen gesellschaftlichen Kontexten angesiedelt. Nach Weber bedeutet "*Macht [...] jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht*".<sup>1</sup>

Betrachtet man das Verhältnis zwischen Macht und Demokratie und Kapitalismus genauer, so lässt sich Macht in allen Dimensionen und Schattierungen finden. In einer Demokratie soll nach dem Grundgesetz alle Macht vom Volke ausgehen und wirkt zugunsten eines Gemeinwesens von freien Individuen<sup>2</sup>. Soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand stehen demnach im Vordergrund. Im Kapitalismus hingegen entsteht die Macht durch die Ungleichverteilung und Optimierung von Kapital, Ressourcen und Produktionsmitteln.

Das Spannungsfeld Demokratie/Kapitalismus verdichtet sich in der seit 2007 bestehenden Finanzkrise, in der sich ein Machtgeflecht zwischen den Nationalstaaten und den Finanzmärkten herauskristallisiert. Die Ursachen der Krise sind vielfältig und lassen sich zum Teil bereits Jahrzehnte vorher verorten.

Ihre Entwicklung lässt sich dabei in vier Phasen einteilen: Angefangen bei der steigenden Inflation der 60er Jahre bis zur Abschaffung des Goldstandards 1971, fortgeführt durch die zunehmende Verschuldung von Staaten in den 1980er Jahren,

---

<sup>1</sup>Hermann Korte und Peter Imbusch: *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie*, S. 165, [19].

<sup>2</sup>Hannah Arendt: *On Violence*, S. 13ff, [3].

vom Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000 bis zur die Bankenkrise 2007, die daraufhin in die bis heute bestehende Staatsschuldenkrise mündete.

Diese Seminararbeit gliedert sich in zwei Teile: Zunächst werden die Entwicklung und Auslöser der Finanzkrise in chronologischer Reihenfolge beschreiben. Anschließend werden anhand dessen Wirkungen und Phänomene der Macht im Rahmen des Spannungsfeldes Demokratie/Kapitalismus beschrieben und analysiert.

## **2 Entwicklung der Finanzkrise**

Wirtschaft- und Finanzkrisen sind kein neues Phänomen; so wurden bereits in den Weltwirtschaftskrisen von 1857 und 1929 zahlreiche Banken infolge von riskanten Spekulationen zahlungsunfähig.<sup>3</sup> Die Staaten mussten daraufhin durch zum Teil tiefgreifende Sparmaßnahmen im Sozialbereich die Banken retten. Die Ungleichverteilung und wirtschaftliche Instabilität fortgeschrittener kapitalistischer Staaten kann also eher als Regel denn als Ausnahme gesehen werden.<sup>4</sup>

### **2.1 Abschaffung des Goldstandards**

Vom Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 70er Jahre war das Bretton-Woods-System als Währungssystem etabliert, das sich durch feste Wechselkurse auszeichnet. Das Geld war immer an eine reale Größe, dem Goldwert, gebunden. US-Dollars mussten bis dahin immer in Gold umtauschbar sein.

Im Jahr 1970 war das Volumen der Geldmenge nicht mehr durch Goldreserven gedeckt. Dies führte zur Abschaffung des Goldstandards 1971 unter Richard Nixon und markiert eine Zäsur, die später auch als Nixon-Schock bezeichnet wurde.

Die festen Wechselkurse und die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs durch die Globalisierung erschwerten eine autonome Geldpolitik für die Nationalstaaten. Mit der endgültigen Abschaffung des Bretton-Woods-Systems waren die Wechselkurse frei und der Wert des Geldes blieb ungedeckt; man spricht in diesem Zusammenhang auch von Fiatgeld.

Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers David McNally war die Abschaffung des Bretton-Woods-Systems ein wesentlicher Faktor bei der Deregulierung der Finanzmärkte, welche zur Weltfinanzkrise 2007 führte. Durch das Fehlen fester Wechselkurse wurden verschiedene Finanzinstrumente zur Kreditabsicherung entwickelt, wie z.B. die Credit Default Swaps oder Kreditausfallversicherungen. Diese Mechanismen gaben den Spekulanten zusätzliche Sicherheit bei der Abwicklung risikoreicher Kapitalgeschäfte.

Der Geldwert wird im Fiatgeldsystem durch Akzeptanz und gesetzliche Vorschriften gesichert und erlaubt prinzipiell Geldschöpfung in beliebiger Höhe. Bei der gegenwärtigen Ausprägung unseres Fiatgeldsystems spricht man auch von Kreditgeld. Dieses System ist ein Nullsystemspiel.<sup>5</sup> Das heißt, dass jeder Schuld ein Kredit in gleicher Höhe gegenübersteht. Neues Geld entsteht durch Zinsen während der Kreditlaufzeit.

Demokratie basiert auf einem Positivsummenspiel, da durch Investitionen gesellschaftlicher Fortschritt, Wohlstand und Freiheit erzeugt werden soll. Zur Aufrecht-

<sup>3</sup><http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21193/weltwirtschaftskrise/> [1]

<sup>4</sup>Wolfgang Streeck: *The Crisis in Context*, Köln, 2011, S. 2, [17].

<sup>5</sup>ebd. S. 4, [17].

erhaltung des Fortschritts und zur sozialen Absicherung muss sich der Staat verschulden.

## 2.2 Staatsverschuldung in den 80er Jahren

In den 1980er Jahren begannen die Staaten, sich von den Banken Geld zur Finanzierung des Sozialstaats zu leihen. Durch die Erhöhung der Staatsausgaben – vor allem durch Investitionen in Rüstungsgüter – stieg die Inflation in den USA an und das Wirtschaftswachstum stagnierte. Diese Staatsverschuldung kann neokeynasianisch als wirtschaftspolitische Maßnahme gegen Deflationen und zur Überwindung von Nachfrangelücken gesehen werden.

Vor allem aber stieg die Arbeitslosenrate zwischen Januar 1974 bis Ende des Jahres 1981 von 5.1 auf über 7.5 Prozent an.<sup>6</sup> Durch Steuererleichterungen für Unternehmen kurbelte man die Wirtschaft an, um die Arbeitslosenzahlen zu senken, was jedoch einen noch größeren Haushaltsdefizit verursachte. Unter Ronald Reagans Präsidentschaft stieg die Staatsverschuldung um 176% von 0,93 Billionen auf 2,6 Billionen Dollar.

Die Maßnahmen von Ronald Reagans Nachfolger Bill Clinton basierten im Wesentlichen auf weiterer Deregulierung des Finanzsektors. Dadurch musste die Regierung finanzielle Einschnitte im Sozialsystem vornehmen und eine steigende Einkommensungleichverteilung war die Folge. Bill Clinton bezeichnete dies als “end of welfare as we know it.”<sup>7</sup>

Die Regierung Clinton versuchte das Problem zu lösen, indem die Staatsverschuldung auf eine Privatverschuldung der Bürger umgelagert wurde. Die Banken fingen deshalb nun an, zunehmend Kredite zu günstigen Konditionen an Privatbürger zur Eigenheimfinanzierung zu gewähren. Durch diese vermehrte Kreditvergabe kam es auch zu vermehrter Spekulation, insbesondere an der Börse mit Aktien der New Economy.

## 2.3 Platzen der Dotcom-Blase

Das Ausmaß der Spekulationsgeschäfte wuchs und führte schließlich im Jahr 2000 zum Platzen der Dotcom-Blase, in der die Kurse vieler Unternehmen einbrachen. Dadurch wird dem Aktienmarkt Geld entzogen und zur Erhaltung der Liquidität und Stimulation der US-Wirtschaft verteilt die US-Zentralbank Kredite zu sehr niedrigen Zinsraten an die US-Banken.

Dies führte dazu, dass Banken Kredite an Darlehensnehmer mit geringer Bonität vergaben; die so genannten Subprime-Kredite. Über diese Kredite finanzierten viele US-Bürger Eigenheim und Konsumartikel. Die Kredite waren ohne Sicherheiten auf Einkommen, Arbeit oder Vermögen gedeckt. Die Investoren spekulierten bei der Kreditvergabe ausschließlich auf den Anstieg der Immobilienpreise. Durch die Finanzierung von Immobilien auf Basis von Kredit mit geringer Bonität entstand eine Immobilienpreisspirale. Das Kreditrisiko der Banken wird anhand von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset-backed Security, ABS) ausgelagert. Die Bonität solcher ABS wird von den Rating-Agenturen überprüft und ist in der Regel höher als bei den Subprime-Krediten.

Die Haupteinnahmequelle der Banken waren dabei nicht die Hypotheken selbst,

<sup>6</sup>Table 34, U.S. Federal Reserve Board: *Monetary Policy Report to the Congress*, February 14, 2007

<sup>7</sup>Wolfgang Streeck: *The Crisis in Context*, Köln, 2011, S. 16, [17].

sondern der Weiterverkauf von Hypothekenspaketen und Derivaten.<sup>8</sup> Gegen Kredite mit mangelnder Sicherheit entstanden Versicherungen gegen Kreditausfall, was die Banken dazu bewog in immer hochspekulativere Immobiliengeschäfte einzusteigen. Solche Immobiliengeschäfte können Gewinn bringend sein, wenn die Immobilienpreise steigen, doch dies trat nicht ein.

## 2.4 Von der Banken- zur Staatsschuldenkrise

Im Jahr 2007 platzte die Immobilienblase schließlich und viele US-Bürger und die US-Banken waren gezwungen, ihre Kredite auf Anhub abzuschreiben, was natürlich in den meisten Fällen nicht gelang und was zu Zahlungsausfällen und Zahlungsstörungen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt führte. Das führte auch dazu, dass die Rating-Agenturen die ABS herabstufte und Investoren begannen sich aus Risikobehafteten Kreditgeschäften zurückzuziehen.

Im September 2008 musste die viertgrößte Investmentbank der Welt, Lehman Brothers, Insolvenz beantragen, was zu drastischen Kurseinbrüchen an den Börsen führte. Der damalige US-Finanzminister und vorherige Vorsitzender der Goldman Sachs-Investmentbank Henry Paulson entschied sich gegen eine Rettung von Lehman Brothers. Diese Insolvenz führte zu einer Vertrauenskrise der Banken, da deren gegenseitige Kreditwürdigkeit von nun an nicht mehr sichergestellt war. Das führte dazu, dass kaum neue Kredite vergeben wurden, wodurch es zu Geldmarktliquiditätsengpässen kam.<sup>9</sup>

Die Rating-Agenturen stuften im Zuge der Neubewertung von Banken weitere Banken herab und im Zuge dessen mussten weitere Banken Insolvenz anmelden. Dies führte zu einer Rezession mit Arbeitsplatzabbau in Unternehmen und zu zahlreichen Unternehmensinsolvenzen durch sinkende Kreditvergabe.

Ähnlich wie zur Dotcom-Krise musste nun die US-Zentralbank einspringen und billiges Geld zu niedrigen Zinsraten vergeben, wodurch die Banken wieder Gewinne verzeichnen konnten. Durch das Einspringen der US-Zentralbank musste der Staat wieder neue Schulden aufnehmen. Im Zuge dessen weitete sich die Krise auch auf den Euroraum aus.

Der überschuldete Privatsektor schränkte dadurch seinen Konsum ein und die Produktion wurde zurückgefahren; die Auftragsbücher der Industrie blieben leer. Das führt zu Entlassungen und verringertem Konsum, wodurch Steuereinnahmen ausblieben. Durch verschiedene Maßnahmen wie Kurzarbeit, Infrastrukturaufbau zur Abdämpfung der Schuldenkrise musste der Staat neue Schulden aufnehmen. Bei Staaten wie Irland und Spanien wurden die Staatsschulden so mehr als verdoppelt. So wurde ab 2009 aus der Bankenkrise eine Staatsschuldenkrise.

## 3 Das Machtspannungsfeld Demokratie/Kapitalismus

Wolfgang Streeck beschreibt in seinem Aufsatz "Crisis in Context" Demokratie und Kapitalismus als zwei miteinander verwobene Gegenspieler, deren Positionen unvereinbar sind. Ab dem Jahr 2008 hat sich das Machtspannungsfeld zu einer Art

<sup>8</sup>Alex Demirovic und Thomas Sablowski: *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*, S. 11, [20].

<sup>9</sup>Michael Hüther: *Obligatorische Rekapitalisierung systemrelevanter Banken*. S. 17, erschienen in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 131*, [4].

Tauziehen zwischen globalen Finanzinvestoren und den Nationalstaaten entwickelt.<sup>10</sup>

### 3.1 Machtmittel

Alle Macht entspringt aus bestimmten *Machtquellen*. Diese Machtquellen ermöglichen den Zugang zu den *Machtmitteln*.<sup>11</sup> Im Spannungsfeld Demokratie/Kapitalismus stellen das ökonomische Kapital, die Information und Organisationen zentrale Machtmittel, die nun beschrieben werden sollen.

#### 3.1.1 Ökonomisches Kapital

Durch den Besitz und die Akkumulation von ökonomischem Kapital besitzen die Finanzmärkte Einfluss auf den gesamten Gesellschaftskomplex. Ökonomisches Kapital entsteht mit der Monopolisierung von Ressourcen.<sup>12</sup> Nach Pierre Bourdieu bezeichnet das ökonomische Kapital jede Art von Ware – jedoch nicht die Arbeit. Dabei ist "das ökonomische Kapital [...] unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts".<sup>13</sup>

Bourdieu definiert neben dem ökonomischen Kapital zusätzlich noch das *soziale* und das *kulturelle Kapital*. All diese Arten von Kapital sind ineinander transformierbar. Die Transformation ist mit einem mehr oder weniger großen Aufwand, der *Transformationsarbeit*, verbunden.<sup>14</sup> Ökonomisches Kapital lässt sich so in soziales oder kulturelles Kapital transformieren.

Anhand dessen lassen sich die Wirkungen der Macht erklären: Jedes Individuum und jede Organisation, die über ökonomisches Kapital verfügt, kann also daraus auch soziales und kulturelles Kapital schöpfen. Dies bedeutet auch, dass man mit ökonomischem Kapital allein keine Macht ausüben kann, was erst durch Verbindung mit einer anderen Kapitalform geschehen kann.

Besonders das soziale Kapital ist ausschlaggebend, denn es ist mit Beziehungen und gegenseitiger Anerkennung verbunden. Das Verfügen über soziales Kapital bedeutet Einflussnahme; im Fall Demokratie/Kapitalismus die Einflussnahme von Banken auf Politiker. Aus dem Wirkungsmechanismus der Manipulation, d.h. der konditionierenden Einwirkung auf andere, manifestieren sich daraus Machtphänomene wie Lobbyismus und Korruption.

Im Extremfall verfügt der Finanzsektor über genug Macht, um direkt in die drei Gewalten des Staates eingreifen zu können. Die Legislative und Judikative kann der Finanzsektor den Staat also gezielt nach seinen Vorstellungen beeinflussen, was beispielsweise eine Mitbestimmung beim Entwurf von Gesetzestexten ermöglicht. Auch die Exekutive wird durch den Finanzsektor beeinflusst. Die pure Gewalt ist der direkte Ausdruck für Aktionsmacht, wenn man z.B. die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols auf Demonstrationen, die gegen die Banken und Finanzmärkte gerichtet sind.

Die meisten neoliberalen Wirtschaftsexperten (meist Anhänger von Friedrich von Hayek) sind der Ansicht, dass die Freiheit des Individuums durch Marktfreiheit

<sup>10</sup>Wolfgang Streeck: *The Crisis in Context*, Köln, 2011, S. 16 [17].

<sup>11</sup>Hermann Korte und Peter Imbusch: *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie*, S. 168f, [19].

<sup>12</sup>ebd. S. 169f, [19].

<sup>13</sup>Pierre Bourdieu: *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, S. 185f, [5].

<sup>14</sup>ebd. S. 189ff

entstünde.<sup>15</sup> Nach deren Theorien entsteht Marktverzerrung durch einen Überschuss an Demokratie und Eingreifen des Staates. Die freien Märkte können Wohlstand bringen; jedoch nur mit einem schwachen Staat.

Soziale Bestrebungen wie Gleichstellung oder gesetzlichen Krankenversicherungen und Mindestlohn behinderten die Märkte. So sind Inflation, Schulden und finanzielle Deregulieren nicht auf ökonomisches Missmanagement zurückzuführen, sondern auf Fehler, die im Zuge des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit und Profit entstehen. Daher sind die Banken und Großkonzerne daran interessiert, ihre Interessen zugunsten eines schwachen Staates durchzusetzen. Der Staat sollte nur in Ausnahmefällen eingreifen, z.B. bei der Rettung „systemrelevanter“ Banken [13].

Karl Popper schreibt in seinem Buch *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, dass ein freier Märkte nur „innerhalb von einer vom Staate geschaffenen und garantierten Rechtsordnung“ existieren kann. So sollten in einem freien Markt Privatarmeen verboten sein, was eine Beschränkung des freien Waffenhandels einschließt, was natürlich eine Begrenzung sowohl der persönlichen Freiheit als auch der Marktfreiheit darstellt.<sup>16</sup>

Die freien Märkte verfügen über instrumentelle und autoritative Macht. Die Instrumentelle Macht (auch: Unterwerfungsmacht) entsteht durch Belohnung und Strafen, durch Versprechungen und Drohungen. Durch das glaubhafte Suggestieren des Besitzen dieser Machtmittel und das Bewahren dieser Suggestion wird die Machtdurchgesetzt. So können zum Beispiel Werbung, die ein gesteigertes Wohlbefinden durch Konsumgüter suggeriert oder die Garantie auf einen Arbeitsplatz als Versprechungen, die Androhung von wirtschaftlichem Abstieg oder Arbeitsplatzverlust hingegen als Drohung verstanden werden. Die autoritative Macht entsteht durch das Anerkennungsbedürfnis des Menschen entsteht und lenkt seine Einstellung und Verhalten. Sie kann besonders in der Produktwerbung und im Konsumverhalten der Individuen beobachtet werden. Die Macht wirkt hier in Form von Kompensation und Manipulation, welche wiederum eine Einschränkung der Freiheit für das Individuum bedeuten. Deshalb ist die Gleichsetzung der Freiheit mit der Freiheit der Märkte als problematisch zu betrachten.

### 3.1.2 Organisationsstrukturen

Eine Machtquelle im Spannungsfeld Demokratie/Kapitalismus sind Organisationsstrukturen, die durch Hierarchien und Parzellierung aufrechterhalten werden. Organisationen sind sowohl Machtquelle als auch Machtmittel, da sie ein normatives Gesellschaftsgefüge bilden.<sup>17</sup>

Einer Organisation sind immer mehrere Individuen zugehörig, deren Aufgabenteilung innerhalb dieser stark differenziert ist. In größeren Organisationen sind die Individuen zueinander in Hierarchien organisiert, durch die Kontrolle ausgeübt werden kann. Durch das kollektive Zusammenwirken der in der Organisation befindlichen Individuen kommt es zu einer Akkumulation der zuvor besprochenen Kapitalformen, wodurch Macht entsteht.

Die Organisationen der Ökonomie können auch als Institutionen verstanden wer-

---

<sup>15</sup>Dr. Rainer Hank: *Was weiß die Ordnungsökonomik von Europa?*, erschienen in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 36 [4].

<sup>16</sup>Karl Popper: *Alles Leben ist Problemlösen*. S. 260f, [12].

<sup>17</sup>Hermann Korte und Peter Imbusch: *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie*, S. 170f, [19].

den, da ihr Wirken normativ ist und auf Regeln und Normen beruht.<sup>18</sup> Dies führt nun von der Macht- zum Herrschaftsbegriff. Max Weber definiert Herrschaft als *institutionalisierte Macht*<sup>19</sup>

In Institutionen ist die Macht verdichtet, "akkumuliert" und wirkt dauerhaft entlang der Hierarchien. Nach Foucault besitzt die Macht eine Mikrophysik.<sup>20</sup> Im Bereich der Ökonomie entstünde die Macht demnach bereits auf den unteren ökonomischen Ebenen, also mikro-ökonomischen Kontext, jedoch werden die Auswirkungen dann erst im makro-ökonomischen Kontext sichtbar. Nach der marxistischen Theorie entsteht Herrschaft in großen Maßstäben tendenziell durch Austausch von Arbeit.<sup>21</sup>

Die Institutionalisierung von Herrschaft vollzieht sich nach Popitz in fünf Schritten. Die erste Stufe bezeichnet eine zufällig Aneinanderreihung von Aktionen und tritt als sporadische Macht zu Tage. In der zweiten Stufe kann die Macht das Verhalten der Untergebenen beeinflussen. Die Hierarchiebildung findet in der dritten Stufe und die Ausbildung von Herrschaftsapparaten in der vierten Stufe statt. Die Etablierung und "Veralltäglichung" der Herrschaft ist als letzte Stufe definiert. Popitz beschreibt diese Stufe auch als "*staatliche Herrschaft*".

Wenn man bei der Machtausübung der Märkte von Herrschaft sprechen kann und sich auf dieses Schema bezieht, ist nun die Frage, auf welcher Stufe der Institutionalisierung die Märkte beruhen. Wie bereits erwähnt, findet im Spannungsfeld Demokratie/Kapitalismus ein Tauziehen zwischen den Finanzmärkten und den Nationalstaaten statt. Betrachtet man die vierte Stufe, kann man die Finanzmärkte und deren zugehörige Institutionen durchaus als Herrschaftsapparate bezeichnen. Allerdings sind die Strukturen der Finanzmärkte zum Großteil nicht den Nationalstaaten zugehörig, da sich ihr Wirkungsbereich nicht innerhalb deren Grenzen, sondern global abspielt. Man könnte also das Schema um eine sechste Stufe, die über die Nationalstaaten hinausgehende, global agierende Herrschaft erweitern. Im Kontext der Demokratie ist dies problematisch: Die Regierung einer Demokratie kann man wählen und abwählen, Märkte und Konzerne hingegen nicht.

Mit der Globalisierung sind Banken vornehmlich in weltweite Finanzgeschäfte involviert. Dies dient meist der Verteilung des Risiko für Spekulationsgeschäfte. Das Risiko wird soweit verteilt, bis es durch die Komplexität und Undurchschaubarkeit praktisch verschwunden zu sein scheint. Durch diese Undurchschaubarkeit kommt Intransparenz zum Vorschein, die durch Zurückhaltung und Mangel an Information entsteht.

### 3.1.3 Information

Die Information ist ein im Zuge der Algorithmisierung des Börsengeschäfts und der weltweiten Vernetzung immer wichtiger werdendes Machtmittel. Information kann manipuliert, gestreut und selektiv zurückgehalten oder offenbart werden.

Durch die Zurückhaltung und Manipulation von Informationen entsteht eine gewisse Intransparenz, da sie nicht mehr verlässlich oder nicht mehr von außen zugänglich sind. Für die Nationalstaaten erschwert dies die Kontrolle des Finanzsektors, denn Demokratie und soziale Marktwirtschaft verlangen nach Transparenz. Die

<sup>18</sup>Peter Heintel, Klaus Götz: *Das Verhältnis von Institution und Organisation*, S. 26ff, [18].

<sup>19</sup>Hermann Korte und Peter Imbusch: *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie*, S. 174f, [19].

<sup>20</sup>Michel Foucault: *Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses*, S. 163ff, [8].

<sup>21</sup>Heinzpeter Znoj: *Anthropologie der Arbeit*, S. 3, [22].

Transparenz ermöglicht den Austausch von auf Vernunft beruhenden Argumenten und kann somit einen Diskurs beflügeln. Zudem erleichtert Transparenz eine weitreichende Bewertung und Einflussnahme.

Mit der weltweiten Vernetzung von Börsen beschleunigt sich der Handel immer weiter. Dies führt zu Hochfrequenzhandel mit algorithmischen und automatisierten Wertpapieren, der mit kurzen Haltefristen von Sekundenbruchteilen bis mehreren Minuten und hohen Umsätzen verbunden ist. Das Phänomen ist bisher in keiner ökonomischen Theorie beschrieben<sup>22</sup> und lässt sich bisher ausschließlich anhand von Beobachtungen aus der Praxis definieren. 2010 waren über 50% des Umsatzvolumens des US-amerikanischen Aktiengeschäfts auf Hochfrequenzhandel zurückzuführen. Insbesondere Investmentbanken wickeln einen Großteil ihrer Geschäfte in dieser Handelsform ab. Der Erlöse solcher Geschäfte sind meist gering, jedoch können sich durch ihre Häufigkeit in der Summe gewaltige Erträge ergeben.

Insbesondere der Handel im Millisekundenbereich und Mikrosekundenbereich mit Hilfe von speziellen Computersystemen, ist dabei immer häufiger zu beobachten. Besonders Banken und Großaktionäre verfügen über genug Kapital, um solche Systeme einsetzen zu können. Vor allem für kleinere Mitbewerber ist der Hochfrequenzhandel von Nachteil, denn deren Geschäfte besitzen geringere Priorität und werden meist später abgewickelt. Die Banken verfügen folglich über eine datensetzende Macht<sup>23</sup>, die durch Nutzung von technischen Artefakten entsteht.

Der Beschleunigung des Handels scheint dabei zunächst keine Grenzen gesetzt zu sein. Jedoch kommen die Geschwindigkeiten bereits in den Bereich der Lichtgeschwindigkeit, die nach den bekannten Naturgesetzen eine unüberwindbare Barriere darstellt. Solche kurzen Zeiträume sind für den Menschen nicht mehr fassbar und somit auch nicht kontrollierbar. Daher kann der Hochfrequenzhandel keine Transparenz bieten.

So verlor die US-amerikanische Aktienhandelsgruppe Knight Capital am 1. August 2012 aufgrund eines Softwarefehlers in 45 Minuten 440 Millionen US-Dollar<sup>24</sup>. Im Zuge dessen wird sowohl auf US-amerikanischer, als auch auf europäischer Seite über ein Verbot des Hochfrequenzhandels diskutiert.<sup>25</sup>

Die Rating-Agenturen und deren Bewertungen zeichnen sich ebenfalls durch Intransparenz aus. Im wesentlichen beherrschen die drei großen Agenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch mit 95% Marktanteil den Sektor für Bewertung von Finanzprodukten, Staatsanleihen und Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Das Problem liegt dabei bereits im Geschäftsmodell der Agenturen begründet; denn seit 1975 werden die Rating-Agenturen von den zu bewertenden bezahlt und zusätzlich bieten die Rating-Agenturen kostenpflichtige Beratungsleistungen für bewertete Unternehmen an. Die Daten und Analysen, auf denen die Ratings basieren, werden von den Agenturen zum größten Teil zurückgehalten.<sup>26</sup> Eine objektive Grundlage der Ratings ist kaum erkennbar und die Ratings werden unzuverlässig. Mehrere Unternehmen, die zuvor Bestnoten erhalten hatten, mussten wenige Tage später Konkurs anmelden. Dies war auch bei der Bank Lehman Brothers der Fall. Am

---

<sup>22</sup>Udo Rettberg: *An der Börse geht es um Nanosekunden*, Handelsblatt, Mai 2010, [15].

<sup>23</sup>Heinrich Popitz: *Phänomene der Macht*, S. 33ff, [11].

<sup>24</sup>Bryant Urstadt: *Börse auf Speed*, Heise Technology Review, [21].

<sup>25</sup>Gesetzesentwurf des Bundesministeriums der Finanzen: *Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Gefahren und Missbräuchen im Hochfrequenzhandel*, [6]

<sup>26</sup>Elmar Altvater: *Der große Krach*. S. 66ff, [2].

letzten Handelstag 12.9.2008 wurde sie noch mit der Bestnote AAA bewertet, am folgenden Montag war die Bank insolvent, erhielt jedoch noch Minuten vor der Pleite ein AA Rating.<sup>27</sup>

Während die zunehmende weltweite Vernetzung den Handel beschleunigt, so werden auf der anderen Seite – insbesondere durch das Internet – moderne Möglichkeiten zur demokratischen Beteiligung geschaffen. Durch den schnelleren Informationsaustausch könnte auch eine Dimension politischer Transparenz ermöglicht werden.

Die Macht über Information findet in Form von Wissen auch im Bildungssystem statt. In den ökonomischen Theorien dient das Bildungssystem dazu, die Individuen mit Werten und Wissen auszustatten und sie so auf ihre zukünftige Arbeit. Allerdings ist gerade das Fach Ökonomie immernoch eine Randerscheinung in allgemeinbildenden Schulen. Dies ist auch ein Grund dafür, warum für die Mehrheit der Bürger komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge unverständlich sind. Auch ist die Hochschullandschaft der Wirtschaftswissenschaftler überwiegend homogen neoliberal und marktorientiert geprägt.<sup>28</sup>

## 3.2 Entschärfung des Konfliktes

Wie wir durch die Beschreibung der Machtmittel gesehen haben, ist das Spannungsfeld Demokratie/Kapitalismus vielschichtig und wird besonders durch Interessen der Finanzmarktakteure aufrecht erhalten. Zur Entschärfung des Konfliktes sind nun verschiedene Ansätze denkbar, die jedoch keine Schlussfolgerung der vorangegangenen Analysen darstellen sollen.

### 3.2.1 Regulierung der Märkte

Die naheliegendste Variante ist die Regulierung der Märkte seitens der Politik der Nationalstaaten<sup>29</sup>. Die Aufgabe des Bretton-Woods-Systems markiert eine Zäsur, die fragwürdige Finanzinstrumente, die auf virtuellem Geld basieren – wie zum Beispiel Leerverkäufe und Derivate – überhaupt erst ermöglicht hat. Dafür wurden bereits verschiedene Gegenmaßnahmen diskutiert, wie z.B. die *Finanztransaktionssteuer*<sup>30</sup>, den Verbot des Hochfrequenzhandels<sup>31</sup> und den Aufbau einer unabhängigen Rating-Agentur (zumindest auf europäischer Seite<sup>32</sup>).

Ein häufiger Vorschlag für die Europäische Union insbesondere der politischen Rechten ist die Abschaffung des Euros und die Rückkehr zu nationalen Währungen. Dies würde jedoch die “Möglichkeiten der Währungsspekulation in Europa vergrößern”.<sup>33</sup>

Die Schuldenprobleme der EU-Länder sind unter anderem auf das Zinseszinsssystem zurückzuführen, das selbst auf exponentiellem Wachstum beruht. Das Zinseszinsssystem ist aber fester Bestandteil nahezu aller ökonomischen Theorien, die die Funktionsweise der Märkte bestimmen.

<sup>27</sup>Shahien Nasiripour: *Credit Rating Agency Analysts Covering AIG, Lehman Brothers Never Disciplined*, 30. November 2009, erschienen in: *Huffington Post*, [10].

<sup>28</sup>Bernd Hamm: *Die neoliberale Offensive*, 2004, [9].

<sup>29</sup>Wolfgang Streeck: *The Crisis in Context*, Köln, 2011, S. 19, [17].

<sup>30</sup>Cornelia Staritz: *Tobinsteuer*, Wien, 2003, [16].

<sup>31</sup>Annina Reimann: *Hochfrequenzhandel gefährdet Gesamtwirtschaft*, Wirtschaftswissenschaftler, August 2012, [13].

<sup>32</sup>*Europäische Rating-Agentur soll doch bald starten.*, April 2012, Spiegel Online [7].

<sup>33</sup>Alex Demirovic und Thomas Sablowski: *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*, S. 38, [20].

### 3.2.2 Die Ökonomischen Theorien

Ökonomische Theorien sind mathematische Modelle, die bestimmte Gesetzmäßigkeiten beschreiben, die wiederum auf bestimmten Beobachtungen und Annahmen beruhen. Mathematische Modelle beschreiben nicht notwendigerweise die empirisch erfahrbare Wirklichkeit. Jedoch schöpft sich daraus auch eine große Kraft der Mathematik; nämlich das Potenzial, nicht-reale Vorgänge und Gesetzmäßigkeiten beschreiben zu können. Vergleichbar mit dem Fortschrittsdogma der Moderne basieren die Grundannahmen der meisten ökonomischen Theorien basieren darauf, dass das unendliche Wachstum und grenzenloser Fortschritt prinzipiell möglich und die Produktion stets nichtendend ist.

Allerdings werden in den entwickelten Industriestaaten werden die Grenzen des Wachstums zusehends deutlich. Ein Beispiel für eine solche Grundannahme unbegrenzten exponentiellen Wachstums ist das *Moore'sche Gesetz*. Dies lässt sich beispielsweise an Phänomenen wie der Energiekrise und Peak-Oil festmachen. Die Grenzen des Wachstums sind durch die Endlichkeit der Ressourcen, der globalen Erwärmung und der Lichtgeschwindigkeit gesetzt.<sup>34</sup>

Müssen also die Grundannahmen der ökonomischen Theorien neu bestimmt werden? Greifen die Theorien für die sich momentan am Rande der Lichtgeschwindigkeiten befindlichen Handelsfrequenzen und globale Marktgrößen nicht mehr? Diese Fragen können wahrscheinlich nur die Ökonomen selbst beantworten.

## 4 Fazit

Mit dieser Arbeit sollte keine Prognose gegeben, sondern lediglich die Phänomene der Macht zwischen Demokratie und Kapitalismus beschrieben werden. Eine Prognose ist von der Ressourcenverteilung sowie der politischen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung abhängig. Aufgrund der Komplexität des Gesamtsystems ist nahezu unmöglich, Voraussagen für die Zukunft der Entwicklung des Spannungsfeldes Demokratie/Kapitalismus zu treffen.

Die Machtmittel *ökonomisches Kapital*, *Organisationsstruktur* und *Information* kristallisierten sich in der Analyse als Hauptaspekte des Machtgeflechtes heraus. Das ökonomische Kapital bildet dabei die Ausgangsbasis für Machtentwicklung und innerhalb der Organisationsstrukturen fließt die Macht entlang der Hierarchien. Die Phänomene der Macht werden dabei in makro-ökonomischen Kontexten – also im nationalen und globalen Ausmaß – sichtbar. Die Demokratie der Nationalstaaten wird von Finanzmärkten torpediert, die ihre Wahrheit aus den ökonomischen Theorien schöpfen.

Für die Demokratie in der Informationsgesellschaft ist dabei insbesondere die Information und das Wissen von immer größer werdender Bedeutung. Die aufgeklärten, westlichen Industrienationen sollten verantwortungsvoll handeln und sich auf die Freiheit des Individuums berufen. Diese Freiheit entsteht im Sinne der Aufklärung nicht durch die Freiheit der Märkte, sondern mit Hilfe der Vernunft durch das Streben nach Wissen und Erkenntnis.

---

<sup>34</sup>Jörg Resag: *Die Geschichte unseres Universums und unseres Planeten* [14].

## Literatur

- [1] Weltwirtschaftskrise. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21193/weltwirtschaftskrise>.
- [2] Elmar Altvater. *Der große Krach*. Westfälisches Dampfboot, 2010.
- [3] H. Arendt. *On Violence*. Harvest Book. Houghton Mifflin Harcourt, 1970.
- [4] Hans D. Barbier, editor. *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*. Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn, 2012.
- [5] Pierre Bourdieu. Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. page 183, 1983.
- [6] Bundesministerium der Finanzen. Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Gefahren und Missbräuchen im Hochfrequenzhandel. 2011. [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Publikationen/Aktuelle\\_Gesetze/Referentenentwuerfe/2012-07-27-hochfrequenzhandelsgesetz\\_anlage.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Publikationen/Aktuelle_Gesetze/Referentenentwuerfe/2012-07-27-hochfrequenzhandelsgesetz_anlage.pdf).
- [7] dpa. Europäische Ratingagentur soll doch bald starten. *Spiegel Online*, 2012. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/europaeische-ratingagentur-nun-doch-kurz-vor-dem-start-a-830057.html>.
- [8] Michel Foucault. *Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses*. Suhrkamp, 1976.
- [9] Bernd Hamm. Die neoliberale Offensive. 2004. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Globalisierung/hamm.html>.
- [10] Shahien Nasiripour. Credit Rating Agency Analysts Covering aig, Lehman Brothers Never Disciplined. *Huffington Post*, 2009. [http://www.huffingtonpost.com/2009/09/30/credit-rating-agency-anal\\_n\\_305587.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/09/30/credit-rating-agency-anal_n_305587.html).
- [11] Heinrich Popitz. *Phänomene der Macht*. Mohr Siebeck, 2004.
- [12] Karl Popper. *Alles Leben ist Problemlösen*. Piper, 1996.
- [13] Annina Reimann. Hochfrequenzhandel gefährdet Gesamtwirtschaft. *Wirtschaftswoche*, 2012. <http://www.wiwo.de/finanzen/boerse/bundesbank-hochfrequenzhandel-gefaehrdet-gesamtwirtschaft/7053746.html>.
- [14] Jörg Resag. *Die Geschichte unseres Universums und unseres Planeten*. Springer Spektrum, 2012. <http://www.joergresag.privat.t-online.de/mybk4htm/chap81.htm>.
- [15] Udo Rettberg. An der börse geht es um Nanosekunden. *Handelsblatt*, 2010. <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/boerse-inside/handelssysteme-an-der-boerse-geht-es-um-nanosekunden/3432762.html>.

- [16] Cornelia Staritz. Tobinsteuer – Sind eine Devisentransaktionssteuer und die Spahnsche Zusatzsteuer ökonomisch sinnvoll und innerhalb einer ländergruppe wie der Europäischen Union umsetzbar? 2003. <http://www2.gruene-jugend.de/uploads/staritz-tobin.pdf>.
- [17] Wolfgang Streeck. The Crisis in Context – democratic capitalism and its contradictions. Oktober 2011.
- [18] Peter Heintel und Klaus Götz. *Das Verhältnis von Institution und Organisation*. Dr. Rainer Hampp, Mering, 2000.
- [19] Hermann Korte und Peter Imbusch. *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. 2008.
- [20] Alex Demirovic und Thomas Sablowski. Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. 2011. <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2012/demirovic-sablowski.pdf>.
- [21] Bryant Urstadt. Börse auf Speed. *Heise Technology Review*, 2010. <http://www.heise.de/tr/artikel/Boerse-auf-Speed-1001874.html>.
- [22] Heinzpeter Znoj. Anthropologie der Arbeit, 5. Vorlesung: Arbeit, Macht und Herrschaft. 2009.